

Stand: 17.05.2026 18:19:34

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8368

"Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Richter- und Staatsanwaltsgesetzes hier: Keine Verfassungsfeinde als Schöffenrichter"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8368 vom 08.10.2025
2. Plenarprotokoll Nr. 61 vom 21.10.2025
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/9985 des VF vom 12.02.2026
4. Beschluss des Plenums 19/10767 vom 11.03.2026
5. Plenarprotokoll Nr. 71 vom 11.03.2026



Gesetzentwurf

der Abgeordneten **Horst Arnold, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

**zur Änderung des Bayerischen Richter- und Staatsanwaltsgesetzes
hier: Keine Verfassungsfeinde als Schöffenrichter**

A) Problem

Das Engagement und die Leistung von Schöffinnen und Schöffen sind elementar für die Rechtspflege. Schöffinnen und Schöffen opfern ihre Zeit, bringen sich und ihre Erfahrung zum Wohle der Gesellschaft ein und erhalten hierfür weder Lohn noch Urlaub.

Es sollte in diesem Zusammenhang eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, dass nur verfassungstreue Bürgerinnen und Bürger zu Laienrichtern berufen werden können. Eine entsprechende gesetzliche Regelung fehlt aber bis dato.

Bereits 2008 entschied das Bundesverfassungsgericht (BVerfG), dass die Pflicht zur Verfassungstreue nicht nur für Berufsrichter, sondern auch für ihre ehrenamtlichen Kollegen, die Schöffen, gilt (BVerfG, Nichtannahmebeschluss vom 6. Mai 2008 – 2 BvR 337/08). Das BVerfG stellte fest, dass nicht nur hauptamtliche, sondern auch ehrenamtliche Richter einer Pflicht zur besonderen Verfassungstreue unterliegen. Dies folge aus der Funktion ehrenamtlicher Richter als den hauptamtlichen Richtern gleichberechtigte Organe genuin staatlicher Aufgabenerfüllung. Die Grundentscheidung der Verfassung schließe es aus, dass der Staat zur Ausübung von Staatsgewalt Bewerber für (Ehren-)Ämter, die mit der Ausübung staatlicher Gewalt verbunden sind, zulasse, wenn diese die freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnen und bekämpfen. Die durch das BVerfG bestätigte Pflicht zur Verfassungstreue erstreckt sich dabei auch auf Aktivitäten außerhalb des eigentlichen Ehrenamts. Verstöße gegen diese Pflicht sind beispielsweise extremistische Aktivitäten von einer gewissen Erheblichkeit, wodurch eine verfassungsfeindliche Gesinnung durch Taten erkennbar wird.

B) Lösung

Es wird ein zwingender Ausschlussgrund für die Berufung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter bei Zweifeln am Bestehen der Verfassungstreue geschaffen („Muss-Regelung“).

Gleichzeitig wird klargestellt, dass es sich um eine gröbliche Amtspflichtverletzung handelt, die zu einer Abberufung führt.

Eine explizite gesetzliche Verankerung macht die Pflicht der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter zur Verfassungstreue sichtbarer und hebt deren besondere Bedeutung ausdrücklich hervor.

C) Alternativen

Beibehaltung der bisherigen Rechtslage, die jedoch eine Regelungslücke offenbart.

D) Kosten

Nicht näher quantifizierbare Kosten im Hinblick auf eine Überprüfung der Verfassungstreue der potenziellen ehrenamtlichen Richterinnen und Richter.

Gesetzentwurf

zur Änderung des Bayerischen Richter- und Staatsanwaltsgesetzes

§ 1

Art. 15 des Bayerischen Richter- und Staatsanwaltsgesetzes (BayRiStAG) vom 22. März 2018 (GVBl. S. 118, BayRS 301-1-J), das zuletzt durch § 15 des Gesetzes vom 23. Dezember 2024 (GVBl. S. 605) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„Art. 15

Ehrenamtliche Richter

(1) ¹Zu dem Amt eines ehrenamtlichen Richters oder einer ehrenamtlichen Richterin darf nicht berufen werden, wer keine Gewähr dafür bietet, dass er oder sie jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt. ²Vor der Berufung hat eine entsprechende Belehrung des Bewerbers oder der Bewerberin für das Amt zu erfolgen (Anlage 1 zur Verfassungstreue-Bekanntmachung – VerftöDBek). ³Dabei ist diesem oder dieser ein Verzeichnis extremistischer oder extremistisch beeinflusster Organisationen zu übergeben. ⁴Der Bewerber oder die Bewerberin für das Amt hat einen entsprechenden Fragebogen (Anlage 2 VerftöDBek) auszufüllen und zu unterschreiben. ⁵Er oder sie hat ausdrücklich zu erklären, dass er oder sie die Grundsätze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bejaht und bereit ist, sich jederzeit durch sein oder ihr gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten. ⁶Insofern hat er oder sie eine entsprechende Erklärung (Anlage 3 VerftöDBek) auszufüllen und zu unterzeichnen. ⁷Bestehen aufgrund der Angaben im Fragebogen (Anlage 2 VerftöDBek) und beziehungsweise oder der Weigerung des Bewerbers oder der Bewerberin, die Erklärung gemäß Anlage 3 VerftöDBek abzugeben, und beziehungsweise oder aufgrund anderweitig bekannt gewordener Tatsachen Zweifel an der Verfassungstreue, so ist dem Bewerber oder der Bewerberin unter schriftlicher Mitteilung der erheblichen zugrunde liegenden Tatsachen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. ⁸Nimmt der Bewerber oder die Bewerberin nicht Stellung oder bestehen nach seiner oder ihrer Stellungnahme die Zweifel fort, so darf der Bewerber oder die Bewerberin nicht als ehrenamtlicher Richter oder ehrenamtliche Richterin berufen werden.

(2) Ein ehrenamtlicher Richter oder eine ehrenamtliche Richterin ist von seinem oder ihrem Amt abzuberufen, wenn in Abs. 1 bezeichnete Umstände bekannt werden, wann immer diese eingetreten sind, und er oder sie insofern nicht die Gewähr bietet, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten.

(3) ¹Ehrenamtliche Richter und Richterinnen können über ihre Bestellung eine Urkunde ausgehändigt erhalten. ²Eid oder Gelöbnis der ehrenamtlichen Richter und Richterinnen werden mit einer Verpflichtung auch auf die Verfassung des Freistaates Bayern geleistet. ³Für ehrenamtliche Richter und Richterinnen der Kammern für Handels-sachen gilt Art. 11 entsprechend; für die übrigen ehrenamtlichen Richter und Richterinnen gilt Art. 11 Abs. 2 entsprechend.“

§ 2

Dieses Gesetz tritt am in Kraft.

Begründung:**Zu § 1****Zu Art. 15 Abs. 1**

Zu einer ehrenamtlichen RichterIn oder einem ehrenamtlichen Richter darf nicht berufen werden, wer nicht die Gewähr dafür bietet, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten.

Für die hauptamtlichen Richterinnen und Richter ist eine entsprechende Regelung in § 9 Nr. 2 des Deutschen Richtergesetzes (DRiG) getroffen. Für ehrenamtliche Richterinnen und Richter sind die Vorgaben hingegen in § 44a DRiG nicht abschließend umgesetzt, sodass hier die Kompetenz für eine landesrechtliche Regelung verbleibt.

Der Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist durch eine jahrzehntelange Rechtsprechung des BVerfG klar definiert. Sie beschreibt die unabänderliche Kernstruktur des Gemeinwesens, unabhängig von seiner gegenwärtigen Ausprägung durch den Verfassungs- und den einfachen Gesetzgeber. Es handelt sich dabei um die Kernsubstanz des geltenden Verfassungsrechts sowie die Grundprinzipien der politischen Ordnungs- und Wertvorstellungen, auf denen die liberale und rechtsstaatliche Demokratie in Deutschland beruht. Nach der jüngsten Rechtsprechung des BVerfG sind dies die Menschenwürde, das Demokratieprinzip und die Rechtsstaatlichkeit. In der sog. „NPD-Entscheidung“ (BVerfGE 144, 20 Leitsatz 3) heißt es dazu:

„Der Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne von Art. 21 Abs. 2 GG umfasst nur jene zentralen Grundprinzipien, die für den freiheitlichen Verfassungsstaat schlechthin unentbehrlich sind.

- a) Ihren Ausgangspunkt findet die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Würde des Menschen (Art. 1 Abs. 1 GG). Die Garantie der Menschenwürde umfasst insbesondere die Wahrung personaler Individualität, Identität und Integrität sowie die elementare Rechtsgleichheit.
- b) Ferner ist das Demokratieprinzip konstitutiver Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Unverzichtbar für ein demokratisches System sind die Möglichkeit gleichberechtigter Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger am Prozess der politischen Willensbildung und die Rückbindung der Ausübung der Staatsgewalt an das Volk (Art. 20 Abs. 1 und 2 GG).
- c) Für den Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sind schließlich die im Rechtsstaatsprinzip wurzelnde Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt (Art. 20 Abs. 3 GG) und die Kontrolle dieser Bindung durch unabhängige Gerichte bestimmend. Zugleich erfordert die verfassungsrechtlich garantierte Freiheit des Einzelnen, dass die Anwendung physischer Gewalt den gebundenen und gerichtlicher Kontrolle unterliegenden staatlichen Organen vorbehalten ist.“

Die Neuregelung hat zur Konsequenz, dass im Strafverfahren das jeweils erkennende Gericht bei einem Verstoß gegen dieses Berufungshindernis fehlerhaft besetzt ist. Dies führt zu einem absoluten Revisionsgrund im Sinne des § 338 Nr. 1 der Strafprozessordnung (StPO). Nach der Berufung eingetretene Umstände sind im Rahmen eines Abberufungsverfahrens nach Art. 15 Abs. 2 BayRiStAG zu berücksichtigen.

Das Verfahren, um die Verfassungstreue zu überprüfen, gestaltet sich dabei wie folgt: Vor der Berufung hat eine entsprechende Belehrung des Bewerbers für das Amt zu erfolgen (Anlage 1 zur Verfassungstreue-Bekanntmachung – VerftöDBek). Dabei ist diesem ein Verzeichnis extremistischer oder extremistisch beeinflusster Organisationen zu übergeben. Der Bewerber für das Amt hat einen entsprechenden Fragebogen (Anlage 2 VerftöDBek) auszufüllen und zu unterschreiben. Er hat ausdrücklich zu erklären, dass er die Grundsätze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinn des Grundgesetzes bejaht und bereit ist, sich jederzeit durch sein gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinn des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten. Insofern hat er eine entsprechende Erklärung (Anlage 3 VerftöDBek) auszufüllen und zu unterzeichnen. Bestehen aufgrund der Angaben im Fragebogen (Anlage 2 VerftöDBek) und/oder der Weigerung des Bewerbers, die Erklärung gemäß Anlage 3 VerftöDBek abzugeben, und/oder aufgrund anderweitig bekannt gewordener Tatsachen Zweifel an der Verfassungstreue, so ist dem Bewerber

unter schriftlicher Mitteilung der erheblichen zugrunde liegenden Tatsachen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Nimmt der Bewerber nicht Stellung oder bestehen nach seiner Stellungnahme die Zweifel fort, so darf der Bewerber nicht als ehrenamtlicher Richter berufen werden.

Zu Art. 15 Abs. 2

Nach Abs. 2 ist ein ehrenamtlicher Richter von seinem Amt abzuberufen, wenn in Abs. 1 benannte Umstände bekannt werden und er keine Gewähr dafür bietet, für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten. Es handelt sich insofern um eine gröbliche Amtspflichtverletzung im Sinne des § 51 des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG). Die Norm soll sicherzustellen, dass auch ein späteres Verhalten während der Zeit der Ausübung des Amtes als ehrenamtliche Richterin bzw. als ehrenamtlicher Richter zur Abberufung führen muss. Dies geschieht durch die Passage „wann immer diese eingetreten sind“.

Zu § 2

Hier wird das Inkrafttreten geregelt.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Horst Arnold

Abg. Dr. Alexander Dietrich

Abg. Rene Dierkes

Abg. Martin Scharf

Abg. Toni Schuberl

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3 a** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Horst Arnold, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

zur Änderung des Bayerischen Richter- und Staatsanwaltsgesetzes

hier: Keine Verfassungsfeinde als Schöffenrichter (Drs. 19/8368)

- Erste Lesung -

Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden. Damit hat die SPD-Fraktion 9 Minuten Redezeit. Ich eröffne sogleich die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Ich erteile dem Kollegen Horst Arnold für die SPD-Fraktion das Wort.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Justiz ist ein wesentlicher Bestandteil des demokratischen Rechtsstaates. Die Gerichte wachen und richten über die Einhaltung der Gesetze, die die Parlamente zur Regelung unseres Zusammenlebens beschlossen haben und beschließen. Daher ist es wichtig und notwendig und unabdingbar, auch Laienrichterinnen und Laienrichter, in dem Fall Schöffinnen und Schöffen, dabei einzusetzen.

Das sorgt zum einen dafür, dass Recht nicht nur im Elfenbeinturm von Volljuristen gesprochen wird, und sorgt zum anderen auch für die Bodenhaftung der jeweiligen Spruchkörper. Die Urteile werden im Namen des Volkes gesprochen. Daher ist es wichtig, dass auch Schöffinnen und Schöffen dabei mitwirken.

Schöffen sind auch kein Feigenblatt, denn tatsächlich werden zum Beispiel beim Schöffengericht am Amtsgericht Urteile mit Zweidrittelmehrheit gesprochen. Bei zwei Schöffen und einem Berufsrichter kommt es tatsächlich auf die Schöffen an. Freiheitsstrafe, Geldstrafe, Bewährung – es kommt auf die Schöffen an.

Schöffinnen und Schöffen werden gewählt. Die Frage stellt sich, welche Anforderungen sie erfüllen müssen. Sie kennen vielleicht die Diskussionen aus Ihren Gemeinde- oder Stadträten, die dann alle fünf Jahre auftauchen. Ganz entscheidend ist, obwohl das bisher ungeschrieben vorausgesetzt wird, der Umstand, dass Schöffen fest verankert sind in der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Deshalb sagen wir als SPD-Landtagsfraktion, und nicht nur wir: Verfassungsfeinde und Verfassungssaboteure haben auf der Richterbank keine Daseinsberechtigung. Sie haben dort nichts verloren,

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

nichts verloren auf deutschen Richterbänken und bayerischen Richterbänken.

Aber die Frage ist jetzt: Wie ist das geregelt? – Gesetzlich ist das nicht geregelt. Das Bundesverfassungsgericht hat aber sehr deutlich gemacht, dass die Verfassungstreue eine notwendige, nicht wegzudenkende Voraussetzung auch für Schöffen ist. In Bayern werden Fragebögen angelehnt an die Verfassungstreueverordnung an die Gemeinden geschickt.

Tatsächlich hat die Staatsregierung aber erkannt – ich verweise da auf die Diskussion in der letzten Woche –, dass entsprechende Regelbefragungen gesetzlich zu regeln sind und nicht möglicherweise durch eine Verordnung. Schöffen sind keine Beamte, sind keine Berufsrichter, sondern ehrenamtlich. Danke an dieser Stelle allen Schöffinnen und Schöffen für ihren Einsatz! Aber tatsächlich ist die Bedeutung von Schöffen und Schöffinnen so groß für unsere Rechtsordnung, dass sie auch eine eigene, nur allen dienliche Gesetzesregelung erfahren dürfen.

Unser Gesetzentwurf normiert diese Regelung, nämlich dass man Fragebögen versendet, aber in Bezug auf ein Gesetz, und schafft zugleich einen zwingenden Ausschlussgrund dafür, dass Verfassungsfeindinnen und Verfassungsfeinde nicht Schöf-

finnen und Schöffen werden dürfen, normiert aber auch – das ist bisher überhaupt nicht geregelt – die Abberufung von Schöffinnen und Schöffen während ihres Amtes.

Denn was geschieht mit Schöffen, die sich schlimmstenfalls im Verlauf ihres Schöffenamtes privat gegen unsere Verfassung radikalisieren? Herr Eisenreich, was geschieht? Welche Regelung hat das bayerische Justizministerium vorzuweisen, wenn sich ein Schöffe plötzlich als Salafist, Antisemit, Faschist oder Fundamentalkommunist herauskristallisiert? Gibt es da eine gesetzliche Regelung für die Abberufung? – Die Antwort ist: Nein. Deswegen haben wir mit unserem Gesetz die Antwort gegeben. Wir wollen eine gesetzliche Regelung dafür.

(Beifall bei der SPD)

Mit unserem Gesetz wird der Abberufungstatbestand genauso geregelt wie bei der Einstellung, wenn Verfassungsgegner aktiv-kämpferisch die freiheitliche demokratische Grundordnung beseitigen wollen oder in Frage stellen. Wir haben den Anspruch, solche Leute so schnell wie möglich zumindest von der Richterbank wegzubekommen und nicht weiterhin als Rechtsprechungsorgan zu erdulden. Wir wollen das gesetzlich geregelt wissen.

In Zeiten, in denen die Verfassungsschutzämter mehr und mehr darüber zu klagen haben, dass viele extremistische Bewegungen in den Griff zu bekommen sind, zu denen viel ermittelt und erforscht wird, machen wir das nicht aus Bürokratiesucht heraus, sondern weil die freiheitliche demokratische Grundordnung, unser Rechtsstaat, den Anspruch hat, Verfassungsfeinde zu keiner Zeit an den Richtertischen zu dulden.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Nun ist klar, dass Sie mit Sicherheit darauf verweisen, das wäre eine Bundesangelegenheit. Aber ich sage Ihnen: Nein, das ist keine Bundesangelegenheit, solange das im Bund nicht geregelt ist. Wir können das in Bayern regeln durch das bayerische Justizministerium und die Änderung dieses Gesetzes in der vorgeschlagenen Form.

Wir sollten das in Bayern regeln und, ehrlich gesagt, müssen das auch in Bayern regeln, wenn man sieht, welche Verrücktheiten und vor allen Dingen welche Gefahren durch Verfassungsfeinde in unserem Staat mehr und mehr drohen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Der Schutz der freiheitlichen gewaltenteilten Demokratie auch in Bayern muss die Triebfeder sein. Wenn Sie jetzt sagen, das Gesetz sei nicht zielführend, frage ich Sie: Welches Ziel haben Sie denn vor Augen? Eine Bundesregelung mit dem Verweis, dass unsere Justizministerin von der SPD ist? Ist das Parteitaktik, oder geht es hier um den Rechtsstaat? Was wir hier erledigen können, das sollten wir hier erledigen. Da gibt es den Spruch: "Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr."

In diesem Zusammenhang glaube ich, dass es an der Zeit ist, auch im Einklang mit dem, was die Bayerische Staatsregierung im Rahmen des öffentlichen Dienstes vorschlägt, diese Regelungen insoweit einzuführen. Wer abwartet und Zuständigkeiten leugnet oder relativiert, der hat die Zeichen der Zeit leider noch nicht erkannt. Bitte lassen Sie uns dafür sorgen, dass in den Diskussionen, die dann in den Ausschüssen stattfinden, diese Zeichen der Zeit deutlicher gemacht werden und deutlich gemacht wird, dass es uns hier tatsächlich um die Rechtsprechung im Freistaat Bayern geht. Was wir in Bayern besorgen können frei nach dem Motto, Herr Ministerpräsident, "Bayern kann vorne dran sein" – hier ist es wirklich sinnvoll –, können wir gemeinsam machen. Niemandem bricht ein Zacken aus der Krone, bloß weil das ein Gesetzentwurf der SPD ist. So viel Demokratie muss sein, und so viel Demokratie muss vorausgesetzt werden. Deswegen bitte ich um eine rege Diskussion und werbe um Zuspruch für unseren Gesetzentwurf.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege Arnold. – Nächster Redner ist der Kollege Dr. Alexander Dietrich für die CSU-Fraktion. Bitte, Sie haben das Wort.

Dr. Alexander Dietrich (CSU): Herr Vizepräsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Arnold, ich denke, wir sind uns in dem Anliegen, das hinter dem Gesetzentwurf steckt, völlig einig. Das Anliegen ist auch richtig: Wer an unseren Gerichten Recht spricht, der muss fest auf dem Boden unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen. Verfassungsfeinde haben in diesen Ämtern nichts verloren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Ich denke, zumindest auf dieser Seite des Hauses sind wir uns da auch alle einig. Ob das auf der anderen Seite auch so ist, werden wir vielleicht gleich hören.

(Zuruf von der AfD: Ach, jetzt hör auf!)

Im Hinblick auf den Gesetzentwurf sind jedoch ein paar grundsätzliche Zweifel angebracht. Wir haben keine Regelungslücke, die es zu schließen gilt. Zwar kann man ein entsprechendes Gesetz zur Klarstellung machen, aber das, was mit diesem Gesetzentwurf geregelt werden soll, ist auch schon heute geltendes Recht; denn die Verfassungstreue der Schöffinnen und Schöffen ergibt sich unmittelbar aus Artikel 33 Absatz 5 des Grundgesetzes. Dort ist die Treuepflicht geregelt. Sie gehört zu den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums. Das Bundesverfassungsgericht hat mehrfach entschieden, dass diese Grundsätze auch auf die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter anzuwenden sind. Auch nach heute geltendem Recht ist ein Schöffe, der gröblich gegen die Amtspflichten verstößt, nach § 51 GVG seines Amtes zu entheben. Hierfür ist auch ein Amtsenthebungsverfahren vorgesehen. Somit gibt es diese Regelungslücke nicht.

Sowohl die Abberufung als auch die Verfassungstreue sind geregelt. Aufbauend darauf gibt es ein vereinheitlichtes Verfahren zur Überprüfung der Verfassungstreue. Dieses Verfahren hat sich bewährt. Jede Bewerberin und jeder Bewerber für ein Schöffenamt muss eine Erklärung zur Verfassungstreue abgeben. Dabei muss angegeben werden, ob sie oder er Mitglied extremistischer Organisationen war. Es wird auch

ein Auszug aus dem Bundeszentralregister eingeholt. Das ist ein solides und praxiserprobtes Verfahren. Das hat auch bisher ohne dieses Gesetz wunderbar funktioniert.

An sich braucht es keine neue Regelung. Ich gebe Ihnen jedoch recht, dass es aufgrund der Relevanz der Verfassungstreue schon sinnvoll sein könnte, das gesetzlich noch einmal klar zu regeln und zum Ausdruck zu bringen. Ich gebe auch zu, dass die Vorschriften des Deutschen Richtergesetzes dazu verbessert werden könnten. Das müssen wir jedoch bundesweit einheitlich regeln. Es ist überhaupt nicht sinnvoll, das im bayerischen Landesrecht zu tun; denn die rechtliche Stellung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter, also ihr Status, ist im Bundesrecht, nämlich im Deutschen Richtergesetz, und nicht im Bayerischen Richter- und Staatsanwaltsgesetz geregelt. Weiterhin ist auch der Status der ehrenamtlichen Richter in den Verfahrensordnungen geregelt. Auch das ist alles Bundesrecht. Im Deutschen Richtergesetz stehen auch die Berufungshindernisse. Wenn wir diese Ergänzung vornehmen, müsste das im Bundesrecht erfolgen. Alles andere wäre ein Systembruch.

(Beifall bei der CSU)

Soweit ich weiß, ist auf der nächsten Justizministerkonferenz geplant, dieses Thema zu behandeln und eine Initiative zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes auf den Weg zu bringen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist auch der richtige Weg.

Zusammengefasst lässt sich sagen: Diesen Gesetzentwurf braucht es im bayerischen Landesrecht nicht. Es würde auch obsolet werden, sobald es eine bundesrechtliche Regelung gibt; denn Bundesrecht bricht Landesrecht.

An dieser Stelle möchte ich noch eines deutlich sagen: Unsere Schöffinnen und Schöffen verdienen in erster Linie Anerkennung und Dank, kein Misstrauen. Sie sind Bürgerinnen und Bürger aus der Mitte unserer Gesellschaft. Sie investieren ihre Freizeit und übernehmen Verantwortung. Sie tragen dazu bei, dass die Rechtsprechung bürger- und lebensnah bleibt. Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle auch bei allen

Schöffinnen und Schöffen sowie allen ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern ganz herzlich bedanken.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Abschließend möchte ich nochmals betonen, dass wir das Ziel des Gesetzentwurfs, den Schutz unserer Verfassung, ausdrücklich teilen. In der vorgelegten Form ist der Gesetzentwurf aber nicht der richtige Weg. Das habe ich ausgeführt. Wir werden ihn deshalb vermutlich ablehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Rene Dierkes. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Rene Dierkes (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, einen guten Appetit!

(Lachen und Beifall bei der AfD)

"Keine Verfassungsfeinde als Schöffenrichter" – so lautet die plakative Überschrift des vorliegenden Gesetzentwurfs der SPD. Das klingt auf dem ersten Blick vernünftig. Wer möchte schon, dass Menschen, die unsere freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnen, Recht sprechen? Doch wenn man diesen Vorschlag einer genaueren Prüfung unterzieht, wird rasch deutlich, dass es sich keineswegs um eine sachlich begründete Maßnahme zur Stärkung des Rechtsstaates, sondern um einen ideologisch motivierten Vorstoß mit eindeutig parteipolitischem Ziel handelt. Der Gesetzentwurf ist insbesondere gegen all jene Bürger gerichtet, die sich nicht in das links-grüne Weltbild der sogenannten demokratischen Parteien fügen wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Zunächst zur Ausgangslage: Schöffen leisten einen wichtigen Beitrag zur Rechtsprechung. Sie bringen bürgerliche Lebenswirklichkeit in den Gerichtssaal. Sie tragen zur sozialen Kontrolle der Justiz bei. Sie sind ein bedeutender Ausdruck gelebter Demokratie. Das Schöffenamtsamt ist damit ein hohes Gut, aber eben eines, das auf dem Prinzip der Beteiligung mündiger Bürger beruht, nicht auf parteipolitischer Zuverlässigkeit und erst recht nicht auf ideologischer Linienhörigkeit. – So viel zur Theorie.

Nun will also die SPD-Fraktion per Gesetz regeln, dass nur noch Personen mit erwiesener Verfassungstreue als Schöffen zugelassen werden dürfen. Was auf den ersten Blick nach rechtsstaatlicher Präzisierung klingen mag, ist in Wahrheit ein Freifahrtschein für politische Willkür. Was als verfassungsfeindlich gilt, wird heute längst nicht mehr objektiv und anhand klar definierter rechtlicher Maßstäbe beurteilt, sondern ideologisch aufgeladen und einseitig ausgelegt. Das geschieht durch jene Richter, die aufgrund ihres Parteibuches erst zu Richtern ernannt worden sind.

(Beifall bei der AfD)

Die traurige Realität in Deutschland und zunehmend auch in Bayern ist, dass jeder, der sich gegen die politische Einheitsmeinung stellt, sehr schnell in den Verdacht gerät, ein Feind der sogenannten Demokratie zu sein. Wer Kritik an ungesteuerter Massenzuwanderung übt, wer Genderideologie in den Schulen ablehnt, wer sich gegen die Corona-Maßnahmen friedlich zur Wehr setzte, wird rasch ins Lager der angeblichen Verfassungsfeinde abgeschoben. Nach dieser Logik wird nicht das Verhalten, sondern die Meinung als Ausschlusskriterium gewertet. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist nicht gefährlich, das ist demokratieschädigend. Wenn man diesen Maßstab konsequent anlegen würde, müssten im Übrigen auch zahlreiche Funktionsträger der Altparteien aus allen öffentlichen Ämtern entfernt werden. Wir erinnern uns an die autoritären Aussagen der Kollegin Katharina Schulze zur Corona-Zeit. Wer Grundrechte als Privilegien abstempelt und bürgerliches Protestverhalten pauschal kriminalisiert, hat ganz offensichtlich ein problematisches Verhältnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

(Beifall bei der AfD)

Blicken wir auf die Auswahl von Verfassungsrichtern durch die Altparteien. Beispielsweise wurden eine Christine Hohmann-Dennhardt mit SPD-Parteibuch oder eine Susanne Baer mit eindeutig grünem Hintergrund in das Bundesverfassungsgericht berufen. Beide waren alles andere als neutral. In Bayern selbst wurden Personen wie Prof. Brosius-Gersdorf, die Abtreibungsverbote komplett abschaffen möchte, oder eine Prof. Kaufhold in Schlüsselpositionen berufen, obwohl deren Nähe zu linksradikalen Denkmodellen bekannt war.

(Zurufe von den GRÜNEN: Das stimmt nicht!)

Frau Prof. Kaufhold ist für Enteignungen. Trotzdem wurde sie auf Vorschlag der SPD und mit den Stimmen der CDU und CSU Bundesverfassungsrichterin. Wer also von Verfassungsfeinden spricht, sollte zunächst einmal vor der eigenen Türe kehren.

(Beifall bei der AfD)

Wir lehnen diesen Gesetzentwurf daher entschieden ab. Wenn überhaupt, braucht es eine klare gesetzliche Regelung gegen parteipolitische Einflussnahme bei der Auswahl von Verfassungsrichtern und Schöffen. Was aber keinesfalls nötig ist, ist ein Gesinnungs-TÜV für ehrenamtliche Richter, der die Bürger aus dem Diskurs und der Justiz verdrängt, nur weil sie politisch nicht ins linke Lager gehören. Wir sagen daher ganz klar: Keine Gesinnungsjustiz für Bayern, keine Diskriminierung patriotischer Bürger und keine Verfassungsfeinde als Schöffen. Das heißt vor allem: Keine Roten und Grünen auf dem Richterstuhl. Das wäre tatsächlich einmal eine Maßnahme zum Schutz des Rechtsstaates vor Unterwanderung durch Verfassungsfeinde.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herr Kollege Martin Scharf. Sie haben das Wort.

Martin Scharf (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wird keine Gesinnungspolitik betrieben. Wir wollen lediglich Leute, die Gegner der Verfassung sind, nicht als Schöffen und als Richter haben. Das ist das, was wir wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte mich ebenfalls an dieser Stelle bei allen Schöffinnen und Schöffen für ihre Arbeit bedanken. Sie machen einen guten Job. Dafür vielen Dank. Lieber Horst Arnold, auch uns geht es um die Rechtsprechung in Bayern.

Der Gesetzentwurf der SPD mit dem Titel "Keine Verfassungsfeinde als Schöffenrichter" greift ein Thema auf, das auf den ersten Blick selbstverständlich klingt. Das ist es auch. Wer an der Rechtsprechung mitwirkt, muss fest auf dem Boden unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen. Daran besteht kein Zweifel. Der entscheidende Punkt ist jedoch, dass dies bereits heute geltendes Recht ist. Eine zusätzliche gesetzliche Regelung, wie sie die SPD will, braucht es aus meiner Sicht nicht.

Nach der bestehenden Rechtslage ergibt sich für ehrenamtliche Richterinnen und Richter die Pflicht zur Verfassungstreue direkt aus der Verfassung. Das Bundesverfassungsgericht hat schon 2008 klargestellt, dass Schöffen als gleichberechtigte Organe der Rechtsprechung denselben Anforderungen an die Verfassungstreue unterliegen wie Berufsrichter. Diese Pflicht ist keine Frage des politischen Willens, sondern eine verfassungsrechtlich gesicherte Grundlage. Verstöße dagegen können schon heute zur Enthebung aus dem Amt führen.

Ein Bewerber mit verfassungsfeindlicher Gesinnung darf schon nach heutigem Recht nicht zum ehrenamtlichen Richter berufen werden. Außerdem wurde erst 2024 beschlossen, die Verfahren zur Überprüfung der Verfassungstreue landesweit zu vereinheitlichen. Alle Bewerberinnen und Bewerber müssen inzwischen eine Erklärung abgeben, dass sie keine extremistischen Organisationen unterstützen oder unterstützt

haben. Zudem werden Auszüge aus dem Bundeszentralregister eingeholt. Das hat Herr Kollege Arnold schon gesagt. Das zeigt mir: Der Staat handelt bereits entschlossen, ohne dass es einer neuen gesetzlichen Vorschrift bedarf.

Die SPD spricht in ihrem Antrag von einer angeblichen "Regelungslücke". Diese Lücke besteht nicht. Vielmehr wäre der vorliegende Gesetzentwurf eventuell systemwidrig. Die persönliche Rechtsstellung ehrenamtlicher Richter ist im Deutschen Richtergesetz geregelt, nicht im Bayerischen Richter- und Staatsanwaltsgesetz. Eine bayerische Sonderregelung wäre daher nicht nur überflüssig, sondern auch juristisch fragwürdig.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Hört, hört!)

Genau deshalb wird auf der nächsten Justizministerkonferenz im November über eine bundeseinheitliche Regelung im Deutschen Richtergesetz beraten. Hinzu kommt noch ein weiterer wichtiger Punkt: Der Gesetzentwurf der SPD würde eventuell unnötige rechtliche Risiken schaffen. Eine zwingende Ausschlussregelung, wie sie darin vorgesehen ist, hätte zur Folge, dass Urteile in vielen Fällen künftig wegen fehlerhafter gleichgewichtiger Besetzung anfechtbar wären. Dadurch könnten Strafverfahren erheblich verzögert oder sogar aufgehoben werden, mit allen negativen Folgen für die Rechtssicherheit und für das Vertrauen in die Justiz. Der Vorschlag mag also gut gemeint sein, wäre aber in der Praxis kontraproduktiv.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die bayerische Justiz ist aufmerksam und wachsam, wenn es um die Verteidigung unserer Verfassung geht. Wir brauchen keine symbolischen Gesetze, um das Offensichtliche zu bekräftigen. Entscheidend ist die konsequente Anwendung des bestehenden Rechts; und die funktioniert. Eine zusätzliche Regelung, die keine Lücke schließt, aber neue Unsicherheiten schafft, wäre ein Schritt in die falsche Richtung. Wir werden jetzt im Ausschuss über dieses Gesetz beraten. Aus meiner Sicht sieht es jedoch nicht gut aus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Toni Schuberl für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Faschismus ist zurück in Deutschland. Er war nie wirklich weg, aber jetzt wittert er Morgenluft und ist aus seinen Löchern gekrochen. Darauf müssen wir reagieren, auch in der Justiz. Wenn man wissen will, wie der Faschismus an die Macht gekommen ist, muss man nur die Geschichtsbücher lesen. Es läuft stets nach dem gleichen Muster ab, als gäbe es dafür ein Drehbuch. Wir können das gerade live in den USA erleben, verstörend, wie eine Hollywood-Inszenierung, aber ohne Happy End.

Leider gibt es auch in unserem Land Fans dieses Weltuntergangsfilms, selbst unter Demokraten. Die, die es gut meinen und das verhindern wollen, tappen häufig hilflos in alle Fallen, die im Drehbuch vorgesehen sind. Ich möchte dafür drei Beispiele nennen: Die Übernahme rechtsextremer Narrative stärkt die Rechtsextremen. Eine indifferente Haltung gegenüber Rechtsextremen macht sie groß. Der letzte Akt des Niedergangs wäre der Versuch, die Rechtsextremen durch die Übertragung von Macht zu entzaubern. Danach geht es nämlich meistens ziemlich schnell. Meist dauert es nur wenige Wochen oder Monate, bis die Demokratie vollständig zerstört ist.

Wir befinden uns aktuell noch in dem Kapitel, in dem alle gesellschaftlichen Institutionen, die im Weg stehen könnten, gleichzeitig angegriffen werden und in dem getestet wird, welche zu wackeln beginnen. Sobald eine Institution Risse zeigt, wird sofort das gesamte Feuer auf diese gelenkt, bis sie sturmreif ist. Das betrifft Parlamente, Behörden, die unabhängigen Medien, die freie Zivilgesellschaft usw. usf. Gleichzeitig sollen diese Institutionen auch mit Rechtsextremen infiltriert werden, einerseits, um sie im Inneren weiter zu destabilisieren, andererseits, um sie inhaltlich direkt zu übernehmen. So sitzen bei uns bereits Rechtsextreme im Rundfunkrat, im Medienrat, in Stiftungen und Beiräten. Auch dort wird der Diskurs nach rechts verschoben.

Dies geschieht natürlich auch in der Justiz, dem aktuell noch stabilsten Bollwerk gegen den Faschismus. Den Angriff konzentrieren die Rechtsextremen bislang auf den "Kopf", die Verfassungsgerichte. Bei der Wahl zum Bundesverfassungsgericht haben sie es geschafft, ihr Narrativ, die falsche Erzählung von einem politisch und parteiisch gefärbten Gericht, in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Das wird die Basis für weitere Angriffe sein, sobald es dazu die Gelegenheit gibt. In Bayern sind bereits zwei Vertreter der Rechtsextremen zu Verfassungsrichtern gewählt worden. Sie sind sogenannte nichtberufsrichterliche Mitglieder. Das entspricht in etwa den Schöffen in der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Einer von diesen war in Berlin anwesend, als versucht worden ist, den Bundestag zu stürmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind live dabei, während dieses Drehbuch der Rechtsextremen umgesetzt wird. Hören wir auf, Statisten zu sein, und werden wir Teil der Handlung. Wir kennen den Plan bis in die Details. Halten wir dagegen. Machen wir unsere Institutionen widerstandsfähig. Schreiben wir das Ende dieses Katastrophenfilms in ein Happy End um. Das ist anstrengend und richtig viel Arbeit, Detailarbeit. Eines dieser Details ist der Schutz der Gerichte.

Wir, alle Demokratinnen und Demokraten, haben in diesem Landtag gemeinsam dafür gesorgt, dass in drei Jahren keine Rechtsextremisten mehr zu Schöffen, also zu nichtberufsrichterlichen Mitgliedern, am Bayerischen Verfassungsgerichtshof gewählt wurden. Jetzt müssen wir noch die Zivil- und die Strafgerichtsbarkeit sichern. Lassen wir es nicht zu, dass Rechtsextremisten zu Richtern in diesen Gerichten werden können. Wir GRÜNE unterstützen den Gesetzentwurf der SPD und werden im Ausschuss die Details dazu diskutieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für

Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Dann ist das so beschlossen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Horst Arnold, Holger Grießhammer,
Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 19/8368

**zur Änderung des Bayerischen Richter- und Staatsanwaltsgesetzes
hier: Keine Verfassungsfeinde als Schöffenrichter**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Horst Arnold**
Mitberichterstatter: **Dr. Alexander Dietrich**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss hat den Gesetzentwurf federführend beraten und endberaten. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Gesetzentwurf nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 35. Sitzung am 27. November 2025 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 38. Sitzung am 12. Februar 2026 endberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Abgeordneten **Horst Arnold, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 19/8368, 19/9985

**zur Änderung des Bayerischen Richter- und Staatsanwaltsgesetzes
hier: Keine Verfassungsfeinde als Schöffenrichter**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Horst Arnold

Abg. Andreas Jurca

Abg. Dr. Alexander Dietrich

Abg. Harald Meußgeier

Abg. Christoph Maier

Abg. Martin Scharf

Abg. Toni Schuberl

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Horst Arnold, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

zur Änderung des Bayerischen Richter- und Staatsanwaltsgesetzes

hier: Keine Verfassungsfeinde als Schöffenrichter (Drs. 19/8368)

- Zweite Lesung -

Die Gesamtredezeit beträgt auch hier 29 Minuten. Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat erneut der Kollege Horst Arnold das Wort.

Horst Arnold (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der wehrhafte Rechtsstaat ist nicht nur ein Schlagwort, sondern ein wichtiges Thema in der heutigen Zeit, in der mäandierende Extremisten und Partikularisten von rechts, von links, aber auch von religiöser Seite ihr Unwesen treiben und diesen Rechtsstaat mehr und mehr bedrohen. Gewaltenteilung ist ein zentraler Punkt in diesem unserem Rechtsstaat. Darüber sind wir uns alle einig.

Um den Kollegen Holetschek zu zitieren: Es bedarf keines juristischen Kolloquiums, um einen wehrhaften Rechtsstaat zu schaffen. Wir müssen liefern. – Genau unser Gesetzentwurf liefert. Es ist wichtig, dass Schöffinnen und Schöffen, sogenannte Laienrichter, eine zuverlässige Wertschätzung erfahren. Schöffinnen und Schöffen sind kein Feigenblatt, sondern sie sind tatsächlich, insbesondere im amtsgerichtlichen Bereich, auch in der Lage, als Laienrichter ein Urteil des Berufsrichters oder der Berufsrichterin zu überstimmen. Daher muss klar und deutlich sein, dass auf allen bayerischen Richterbanken kein Platz für Extremisten aller Art sein darf.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es muss auch klar sein – das ist in unserem Gesetzentwurf eindeutig geregelt –, dass die Richterbank kategorisch im gemeinsamen Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung geeint sein muss. Diese klare Ansage ist unser Gesetzentwurf.

Er benennt die Voraussetzungen der Berufung von Schöffinnen und Schöffen. Er benennt die Voraussetzungen der Ablehnung und der Entfernung. Er legt die Prozedur eindeutig und klar fest. Das ist ein wichtiges Signal für die Justiz, für die Öffentlichkeit, aber auch für unsere Demokratie. Daher braucht es keinen Verweis mehr auf die Rechtsprechung zu Artikel 33 Absatz 5 des Grundgesetzes, Berufsbeamtentum, die das Bundesverfassungsgericht analog für die dienstlichen Belange von Schöffinnen und Schöffen heranzieht. Daher ist es einfach, weil eine gröbliche Amtspflichtverletzung nach § 51 Gerichtsverfassungsgesetz genau diese Verfassungsfeindlichkeit ist, einen sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung radikalierenden Schöffen von der Richterbank und aus dem Amt zu entfernen, und zwar nicht nur im Gerichtssaal, sondern tatsächlich im ganzheitlichen Leben.

Bayern kann das auch selbst regeln, denn die Normen in § 44a des Deutschen Richtergesetzes regeln diese Situation nicht abschließend. Es bedarf bei unserem Gesetz keiner Querverweise und Bezugnahmen, zum Beispiel auf die Bekanntmachung des Freistaats Bayern zur Verfassungstreue. Wir haben in diesem Zusammenhang eine klare Sache. Wer es wissen will, schaut in das Gesetz.

Auch die Rechtsqualität von Gesetzen ist sehr zuverlässig. Wer eine solide, funktionierende und auch engagierte Rechtsprechung haben will, der muss dafür sorgen, dass Querverweise und Bezugnahmen auf andere Rechtsmaterien nicht irgendwie erklären, dass man dann doch dazu kommt, Verfassungswidrigkeit und Missbekenntnisse zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht als Ablehnungsgrund für das Schöffenamt und für das Richteramt zu sehen. Mit einem Gesetz ist es klar und deutlich.

Dieses Gesetz ist gegen Verfassungsfeinde auf bayerischen Richterbanken gedacht, und zwar jetzt und ohne Abwarten auf irgendwelche Aktivitäten, die demnächst im Bund stattfinden. Es nimmt auch nicht auf irgendwelche Verordnungen Bezug. Es ist ein Gesetz, das die Demokratie und das Vertrauen in unsere funktionierende Justiz schützt. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Andreas Jurca das Wort.

Andreas Jurca (AfD): Werter Herr Kollege Arnold, ich bin etwas verwirrt über Ihre Forderung,

(Alexander Flierl (CSU): Das ist nichts Neues!)

weil: Eigentlich wollen Sie sich als SPDler jetzt ja quasi selbst, dadurch, dass Sie diesen Gesetzentwurf überhaupt einbringen, von diesem Amt ausschließen, da Sie ja Verfassungswidriges fordern. Sie meinen ja offensichtlich AfDler. Ich zitiere aus dem Grundgesetz, Artikel 3:

"Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden."

Im Prinzip tun Sie genau das. Damit würden Sie ja genau in diese Kategorie hineinfallen. Finden Sie das nicht irgendwie irritierend?

Horst Arnold (SPD): Auf keinen Fall! Und ich empfehle Ihnen dringend, einmal in irgendeiner Art und Weise einen kleinen Artikel über das Grundgesetz zu lesen.

(Andreas Jurca (AfD): Habe ich doch gerade!)

Es geht hier nicht um politische Anschauungen.

Wenn ich mich hier im Saal umschaue, sehe ich unterschiedliche politische Anschauungen von hier bis dort.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sehr unterschiedliche!)

Wir streiten ja demokratisch darum. Uns eint aber das Bekenntnis zum Rechtsstaat, zur Gewaltenteilung. Uns eint das Bekenntnis dazu, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Wir sind uns darin einig, dass wirklich niemand benachteiligt werden kann.

Wer sich aber von vornherein gegen dieses Prinzip stellt, hat in einer Funktion dieses Rechtsstaats nichts verloren. Wir können Forderungen nach Remigration ertragen. Wir sagen nicht "Weg damit!", sondern wir ertragen das – aber nicht auf unseren Richterbänken, nicht im öffentlichen Dienst!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht für die CSU-Fraktion der Kollege Dr. Alexander Dietrich.

Dr. Alexander Dietrich (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Arnold, wir sind uns in der Zielrichtung dieses Gesetzentwurfs völlig einig. Ich denke, zumindest bis hier ist es völlig verständlich und selbstverständlich: Verfassungsfeinde haben auf der Richterbank nichts zu suchen, weder haupt- noch ehrenamtlich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Wir halten diesen Gesetzentwurf aber nicht für den richtigen Weg. Es gibt keinen akuten Regelungsbedarf.

Herr Arnold, Sie haben es ja selber gerade ausgeführt: Auch das heutige Recht gibt Möglichkeiten, Verfassungsfeinde auf der Richterbank zu verhindern, auch verfassungsfeindliche Schöffen zu verhindern oder sie wieder aus dem Amt zu entfernen. Es macht Sinn, das gesetzlich auch noch einmal klarzustellen. Es ist derzeit tatsächlich aus den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums abgeleitet. Wenn man das aber tut, dann muss das bundesweit einheitlich geregelt werden, und zwar im Deutschen Richtergesetz.

Den Bedarf für eine landesrechtliche Regelung sehen wir nicht. Es gab in der letzten Legislaturperiode bereits – auch das haben wir hier schon diskutiert – einen Gesetzentwurf auf der Bundesebene. Er ist dann aufgrund der vorgezogenen Bundestagswahl der Diskontinuität verfallen. Das Bundesministerium der Justiz wird einen erneuten Gesetzentwurf einbringen, und zwar, wie ich gehört habe, schon bald.

Das heißt, wir würden heute eine landesrechtliche Regelung schaffen, mit der wir eine tatsächlich nicht bestehende Regelungslücke schließen wollen und die auch nur wenige Monate Gültigkeit hätte; denn wenn es eine bundesrechtliche Regelung gibt, dann gilt der Grundsatz "Bundesrecht bricht Landesrecht", und die landesrechtliche Regelung wäre obsolet.

Wir wollen keine Gesetze verabschieden, die es nicht braucht. Deswegen noch einmal die klare Aussage: Wir teilen die Zielrichtung dieses Gesetzentwurfs. Dieser Gesetzentwurf ist aber nicht der richtige Weg. Wir werden ihn deshalb heute in der Zweiten Lesung ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, der Kollege Meußgeier hat eine Zwischenbemerkung.

Harald Meußgeier (AfD): Herr Kollege Dr. Dietrich, Sie haben am Anfang gesagt, bis hierhin seid ihr euch einig: Heißt das für Sie, dass auf dieser Seite dann die Verfassungsfeinde sitzen?

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Ja! – Toni Schuberl (GRÜNE): Ja!)

Ich kann da widersprechen, weil ich bei der Bundeswehr gewesen bin und mehrmals auf die Fahne meinen Eid schwören musste.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Dann besinnen Sie sich auf diesen Eid!)

Ich muss sagen, ich finde das schon ein bisschen diskriminierend, dass wir, nur weil wir vielleicht andere Meinungen haben, als Verfassungsfeinde betitelt werden.

Dr. Alexander Dietrich (CSU): Lieber Herr Kollege Meußgeier, ich habe mich jetzt gerade zu diesem Gesetzentwurf geäußert. Wir werden ja gleich hören, was Sie zu diesem Gesetzentwurf sagen. Dann werden wir noch einmal überlegen, ob auch Sie der Meinung sind, dass Verfassungsfeinde auf der Richterbank nichts verloren haben. Dazu können Sie ja gerne gleich etwas sagen. Ich bin gespannt.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht für die AfD-Fraktion der Kollege Christoph Maier.

(Beifall bei der AfD)

Christoph Maier (AfD): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! In Zweiter Lesung wird heute der Gesetzentwurf der SPD zur Änderung des Bayerischen Richter- und Staatsanwaltsgesetzes beraten. Ziel des Gesetzes ist – übersetzt und um in den Worten der SPD zu sprechen – nichts anderes als: keine AfDler als Schöffengerichter.

Doch ich kann die Angst nehmen. Die freiheitliche demokratische Grundordnung und auch die staatlichen Institutionen sind in Deutschland nicht in Gefahr. Im Verlauf der Beratung konnte uns die SPD auch nicht weiter oder besser erklären, warum ein derartiges Gesetz notwendig ist. Sie hat auch keine Beispiele oder Vorfälle genannt, die es aus aktuellem Anlass begründen würden, eine Änderung herbeizuführen.

Bereits jetzt kann vor einer Berufung zum Schöffengerichter die Einstellung zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung geprüft werden. Genauso kann auch die Abberufung eines Schöffengerichters erfolgen, sofern bei diesem Zweifel an seiner Verfassungstreue aufkommen sollten. Der Gesetzentwurf ist juristisch also nicht notwendig, da er nichts Neues regeln würde, was nicht bereits geregelt wäre.

Er stammt vielmehr aus einer Antragsreihe der SPD unter dem Überbegriff "Keine Verfassungsfeinde" und ist nur einem Bedürfnis geschuldet, nämlich: die Fantasieerzählung von unzähligen Verfassungsfeinden in Deutschland aufrechtzuerhalten.

Mit einem Gesetzentwurf dieser Art und weiteren Versuchen versuchen Sie allerdings lediglich, eine Gesinnungskontrolle nach Ihrer Vorstellung durchzusetzen, sei es bei Rechtsreferendaren wie in der Vergangenheit, sei es jetzt bei Schöffenrichtern oder sei es auch ganz allgemein im öffentlichen Dienst.

Doch woher kommt auf einmal die große Sorge der SPD? – Sie kommt schlicht und ergreifend daher, dass für die Alternative für Deutschland in absehbarer Zeit die Übernahme von Regierungsverantwortung möglich ist.

(Arif Taşdelen (SPD): Gott bewahre!)

Ihre einzige Reaktion darauf ist, Bürgerinnen und Bürger in Deutschland oder ganz allgemein Beamte des öffentlichen Dienstes unter Pauschalverdacht zu stellen, sobald sie nicht ins links-rot-grüne Spektrum passen. Beispiel: Kritik an Migrationspolitik oder an der Energiewende reichen dafür bereits aus.

Dabei müssen alle Demokraten die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln vom 26.02.2026 zur Kenntnis nehmen. Es wurde gerichtlich bestätigt, dass die Alternative für Deutschland nicht als gesichert rechtsextremistische Bestrebung eingestuft und behandelt werden darf.

(Beifall bei der AfD)

"Gerichtlich bestätigt" bedeutet für Demokraten, dass sie gerichtliche Entscheidungen akzeptieren. Die damalige Innenministerin Faeser hat ihren Verbotsfanatikern in Deutschland einen Bärenienst erwiesen. Einzig und allein sie hat eine ungeprüfte Mitteilung zur Hochstufung der AfD in einer Pressemitteilung öffentlich gemacht und damit die Situation erst herbeigeführt, sodass ein Gericht nunmehr bestätigt hat, dass die AfD nicht gesichert rechtsextremistisch ist. Das ist für uns als Alternative für

Deutschland ein großer Erfolg, und es ist eine krachende Niederlage für das Bundesamt für Verfassungsschutz, für die SPD, für alle Verbotsfanatiker in diesem Land.

(Zuruf des Abgeordneten Kristan von Waldenfels (CSU))

Dies ist ein Sieg des Rechtsstaats über die behördliche Willkür und ein Sieg des Willens der Bevölkerung über die Machtinstrumente der Regierungspolitiker. Aber es ist auch eine krachende Niederlage für die Bayerische Staatsregierung; denn der Bayerische Ministerrat hat genau auf Grundlage dieser Hochstufung im Nachgang am 24. Juni 2025 die Alternative für Deutschland in das Verzeichnis extremistischer oder extremistisch beeinflusster Organisationen aufgenommen

(Toni Schuberl (GRÜNE): Zu Recht!)

und damit alle Mitglieder und Unterstützer, die in den Staatsdienst wollen, gezwungen, ihre AfD-Mitgliedschaft zu offenbaren. Keine Mitgliedschaft muss offenbart werden, wenn man in den Staatsdienst möchte – nur die Mitgliedschaft für die Alternative für Deutschland.

(Zuruf des Abgeordneten Felix Freiherr von Zobel (FREIE WÄHLER))

Denen soll nämlich der Zugang zu den öffentlichen Ämtern erschwert oder gar verwehrt werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, genau das ist ein Verstoß gegen das Demokratieprinzip als Teil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

(Beifall bei der AfD)

Sollte die Staatsregierung die AfD nicht unverzüglich aus diesem Verzeichnis wieder herausnehmen, zeigen Sie den Wählern, dass es Ihnen nicht darum geht, die Verfassung zu schützen, sondern einzig Ihre Macht in den Institutionen. Den Gesetzentwurf der SPD halten wir für vollständig überholt. Es gibt bereits ausreichende Regelungen, Verfassungsfeinde anzugreifen. Die AfD gehört nicht zu Ihrer Kategorie. Sie könnten diesen Gesetzentwurf damit auch zurücknehmen. Wir werden ihn jedenfalls ablehnen.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht der Kollege Martin Scharf.

Martin Scharf (FREIE WÄHLER): Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst will ich mich bei allen unseren Schöffinnen und Schöffen für die hervorragende Arbeit in den Gerichten bedanken. Die machen gute Arbeit, und das soll hier schon auch einmal erwähnt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der CSU und der SPD)

Die Frage, wer in unserem Land Recht sprechen darf, berührt den Kern unseres Rechtsstaates. Deshalb ist eines völlig unstrittig: Wer als Schöffe an der Rechtsprechung mitwirkt, muss fest auf dem Boden unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen. Verfassungsfeinde haben auf der Richterbank nichts verloren. Darüber besteht in diesem Haus – größtenteils auf alle Fälle – Einigkeit.

Gerade deshalb lohnt sich ein genauer Blick auf den vorliegenden Gesetzesentwurf. Er greift ein Anliegen auf, das auf den ersten Blick wie selbstverständlich klingt; aber wenn man die bestehende Rechtslage betrachtet, wird deutlich: Das Ziel, das hier formuliert wird, ist längst geltendes Recht. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits klargestellt, dass ehrenamtliche Richter denselben Anforderungen an die Verfassungstreue unterliegen wie Berufsrichter. Schöffen sind gleichberechtigte Organe der Rechtsprechung. Wer dieses Amt ausübt, übernimmt staatliche Verantwortung. Daraus folgt unmittelbar die Pflicht zur Verfassungstreue. Auch die Konsequenzen bei Verstößen sind bereits geregelt. Wer gröblich gegen seine Amtspflichten verstößt und bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zuwiderhandelt, ist aus dem Amt zu entfernen. Die Instrumente gibt es. Sie werden angewendet und funktionieren auch.

Hinzu kommt: Bewerberinnen und Bewerber für das Schöffenamt müssen bereits heute eine Erklärung zur Verfassungstreue abgeben. Es wird geprüft, ob eine Verbin-

derung zu extremistischen Organisationen besteht, und es werden Auskünfte aus dem Bundeszentralregister eingeholt. Dieses Verfahren hat sich in der Praxis bewährt. Der Staat handelt also längst entschlossen und rechtssicher. Wenn nun dennoch ein neues Gesetz vorgeschlagen wird, stellt sich die entscheidende Frage: Wird damit tatsächlich eine Lücke geschlossen? Oder schaffen wir eine zusätzliche Regelung, obwohl die bestehenden Instrumente bereits greifen? – Für mich besteht keine Lücke im Gesetz, und es wird, wie schon gesagt, alles ordnungsgemäß ausgeführt.

Ein weiterer Punkt darf ebenfalls nicht übersehen werden: Der Gesetzesentwurf sieht einen "zwingenden Ausschlussgrund" vor. Das klingt zunächst konsequent, kann aber in der Praxis erhebliche rechtliche Risiken erzeugen. Wenn im Nachhinein Zweifel an der Besetzung eines Gerichts entstehen, kann dies eventuell zu Revisionsgründen führen. Verfahren könnten aufgehoben oder erheblich verzögert werden. Das hat wieder unmittelbare Auswirkungen auf die Rechtssicherheit und auf das Vertrauen der Bürger. Deshalb kommen wir, komme ich zu dem Schluss: Das Anliegen hinter dem Gesetzesentwurf ist nachvollziehbar, aber der vorgeschlagene Weg überzeugt nicht. Eine zusätzliche landesrechtliche Regelung ist weder notwendig noch systematisch sinnvoll. Wenn Änderungen erforderlich sind, dann müssen sie bundesweit einheitlich im Deutschen Richtergesetz erfolgen, und das wird hier demnächst auch auf die Tagesordnung gebracht werden. Aus diesen Gründen lehnen wir den Gesetzesentwurf ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht auch erneut der Kollege Toni Schuberl.

Toni Schuberl (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Politik der Angst können wir nur mit Stärke begegnen." Das ist ein Zitat von Robert Habeck. Hierzu gehört auch, unsere Justiz vor Extremisten zu schützen, vor Linksextremisten, vor religiösen Fanatikern und vor Rechtsextremisten.

(Zuruf von der AfD: Vor Linksextremisten!)

Aktuell ist mit riesigem Abstand der Rechtsextremismus die größte Gefahr für unser Land, und das liegt insbesondere an der AfD.

(Christoph Maier (AfD): Gerichtlich bestätigt!)

Die AfD will gezielt die Institutionen unserer Gesellschaft unterwandern. Björn Höcke hatte Rechtsextreme dazu aufgerufen, sich als Schöffen zu bewerben, also Laienrichter an unseren Gerichten zu werden. Es gab auch schon Fälle rechtsextremer Schöffen. Deshalb müssen wir die Gerichte widerstandsfähig machen. Die AfD ist ein Feind unseres Rechtsstaates. In keiner anderen Partei fühlen sich beispielsweise ehemalige Stasi-Mitarbeiter so wohl wie bei der AfD. "CORRECTIV" konnte mindestens 34 Personen ermitteln, die hauptamtlich für die DDR-Staatssicherheit tätig waren und jetzt bei der AfD aktiv sind. So gesehen ist eigentlich nicht die Linke, sondern eher die AfD die Nachfolgepartei der SED.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der AfD)

Verfassungsfeinde dürfen keine Schöffen werden. Keine Partei hat so viele Straftäter in ihren eigenen Reihen wie die AfD. Führendes Personal wird wegen Volksverhetzung, Beleidigung, Verleumdung, Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole, Veruntreuung von Steuergeldern und sogar Gewalt verurteilt oder angezeigt. Gerade die Kommunalwahl in Bayern hat das wieder einmal gezeigt: Da wurde sogar ein Mörder von der AfD als Kandidat aufgestellt. Sie behaupten immer, Ausländer seien besonders kriminell; aber Ihre eigene Rate an Straftätern ist um ein Vielfaches höher als bei Ausländern. Keine Partei hat so viele Kriminelle in ihren Reihen wie die AfD.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Feinde unseres Rechtsstaats dürfen nicht Schöffenrichter in unseren Gerichten werden. In der AfD gibt es kriminelle Clanstrukturen, bei denen staatliche Gelder veruntreut, Mitarbeiter zum Schein angestellt und Familienmitglieder gegenseitig mit Steuer-

geldern versorgt werden. Die AfD konnte bereits zweimal über nichtberufsrichterliche Verfassungsrichter entscheiden. Das ist so etwas Ähnliches wie Schöffen, aber eben am Verfassungsgerichtshof: Wolfram Schubert und Rüdiger Imgart sind dort AfD-Verfassungsrichter, Laienrichter. Peter Solloch und Dr. Peter Ditges sind deren Stellvertreter. Solloch soll laut "ZEIT" von Bystron Geld aus der Mitarbeiterpauschale für Abgeordnete erhalten haben, obwohl er nicht im Büro tätig gewesen sei.

(Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

Ditges sei vom AfD-Abgeordneten Gerd Mannes gefragt worden, wie er sich denn am Verfassungsgerichtshof für die AfD einsetzen werde. Die AfD sieht den Staat als Beute und will Ämter anscheinend für Parteizwecke missbrauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So jemand sollte nicht über Schöffenrichter entscheiden dürfen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Huber (AfD))

Der AfD-Verfassungsrichter Schubert, immerhin ehemaliger Oberstaatsanwalt, vergleicht unseren Staat mit der DDR-Diktatur. Er unterstellte dem Verfassungsschutz, dieser habe Daniel Halemba als V-Mann in die AfD eingeschleust und gefördert, damit dieser der AfD kurz vor der Landtagswahl schade. Er bezeichnete Halemba als IM, also im Stasi-Sprachgebrauch als einen Inoffiziellen Mitarbeiter. Der AfD-Verfassungsrichter Rüdiger Imgart war 2020 bei der Demonstration in Berlin anwesend, aus der heraus danach versucht worden ist, mit schwarz-weiß-roten Reichsflaggen das Reichstagsgebäude zu stürmen. Das war ein staatsfeindlicher Akt ohnegleichen. Solche Typen wählt die AfD in den Bayerischen Verfassungsgerichtshof!

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Zuruf von der AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen Schranken, um den Extremisten aus der AfD die Mitgliedschaft in unseren Gerichten zu versperren. Wir stimmen dem Gesetzentwurf der SPD zu.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende und zugleich endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt den Gesetzentwurf zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Gesetzentwurf der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/8368 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 3, bekannt. Gewählt ist wie immer, wer mit der Hälfte der gültigen Stimmen gewählt wurde. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 172 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig waren keine Stimmen. Auf den Abgeordneten Stefan Löw entfielen 31 Ja-Stimmen und 140 Nein-Stimmen. Der Stimme hat sich ein Abgeordneter enthalten. Damit hat der Abgeordnete Stefan Löw nicht die erforderliche Mehrheit erreicht und ist nicht gewählt worden. Der Tagesordnungspunkt 3 ist damit erledigt.

Ich gebe nun das Ergebnis der Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 4, bekannt. Auch hier dasselbe Verfahren. Es waren 172 Abgeordnete an dieser Wahl beteiligt. Ungültig war keine Stimme. Der Abgeordnete Roland Magerl hat 31 Ja-Stimmen und 140 Nein-Stimmen erhalten. Ein Abgeordneter hat sich seiner Stimme enthalten. Damit hat der Abgeordnete Roland Magerl nicht die

erforderliche Mehrheit erreicht und ist nicht gewählt. Der Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.